

## Vorlage Stadtparlament

Datum 3. November 2020  
Beschluss Nr. 4792  
Aktenplan 414.01 Brandschutz: Rechtliches

### Totalrevision des Feuerschutzreglements

#### Antrag

Wir beantragen Ihnen, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Es wird eine Totalrevision des Feuerschutzreglements vom 20. September 2011 (SRS 414.1) gemäss beiliegendem Entwurf erlassen.
2. Es wird festgestellt, dass der Beschluss gemäss Ziffer 1 nach Art. 8 Abs. 1 Ziffer 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum untersteht.

---

#### 1 Ausgangslage

Im Kanton St.Gallen tritt auf den 1. Januar 2021 das revidierte Gesetz über den Feuerschutz<sup>1</sup> vom 28. Januar 2020 (im Folgenden: FSG) in Kraft. Mit der Revision wird die Organisationsautonomie der Gemeinden gestärkt. Die kantonale Weisungsbefugnis gegenüber den einzelnen Organen des kommunalen Feuerschutzes beschränkt sich künftig auf die Festlegung allgemeiner Leistungsanforderungen, die beim Vollzug durch die Gemeinden zu beachten sind, sowie auf die Abgabe von Vollzugshilfen und Handlungsempfehlungen. Im Übrigen sind die Gemeinden in der Aufgabenerfüllung frei.

Das bisherige FSG vom 18. Juni 1968 gab vor, welche Feuerschutzorgane durch die Gemeinde einzusetzen waren und welche Aufgaben und Kompetenzen sie hatten. Die Feuerschutzorgane der Gemeinde waren bisher: Gemeinderat, Feuerschutzkommission, Feuerschutzbeamtin bzw. -beamter, Feuerschauerin bzw. -schauer, Kaminfegerin bzw. -feger und Feuerwehr.

Die Gemeinden erhalten mit dem revidierten FSG den Spielraum, sich selbständig adäquat zu organisieren. Der Kanton macht lediglich insofern Vorgaben, als diese zur Sicherstellung eines gesamtkantonale einheitlichen Qualitätsstandards erforderlich sind. So ist es etwa im Bereich der Feuerwehr entscheidend, dass die vorgegebenen Einsatzzeiten überall im Kanton gewährleistet werden können. Oder der Kanton kann verlangen, dass die für den Brandschutz oder die Feuerwehr zuständigen Gemeindeinstanzen bestimmte fachliche Voraussetzungen erfüllen, die sie durch entsprechende Ausbildungen erreichen. Faktisch sind die Anforderungen an die einzelnen Funktionen wie Feuerschutzbeamtin (Brandschutzfachfrau) bzw. -beamter (Brandschutzfachmann), Kaminfegerin bzw. -feger (Meisterprüfung) oder Feuerwehroffizierinnen bzw. -offiziere (entsprechende Kurse) schon heute einheitlich geregelt.

---

<sup>1</sup> sGS 871.1.

Neu ist im Sinn der wirtschaftlichen Aufgabenerfüllung und der Qualitätssicherung der Kanton für die Grundausbildung aller Angehörigen der Feuerwehr zuständig, nicht mehr nur für die Grundausbildung der Kaderleute.

Die veraltete kantonal vorgegebene Organisation kann einer modernen und der Gemeindeautonomie Rechnung tragenden Regelung durch die Gemeinden weichen, ohne dass die fachlichen Anforderungen an die für den Feuerschutz zuständigen Personen geschmälert werden. Im Kanton kommt der Stadt St.Gallen insofern eine Sonderstellung zu, als hier die einzige Berufsfeuerwehr besteht; zu ihrer Unterstützung wird weiterhin eine Milizfeuerwehr geführt. Die Berufsfeuerwehr verfügt über sehr viel Know-how, das sie zugunsten der Bevölkerung St.Gallens einsetzt. Durch je eine Vereinbarung übernimmt die Stadt für die Nachbargemeinde Untereggen die Feuerwehraufgaben vollständig (Integration) und für die Gemeinde Tübach im Verbund (Kooperation).

## **2 Aufhebung der Feuerschutzkommission**

Die bedeutendste Änderung gegenüber dem bisherigen Recht ergibt sich daraus, dass der Kanton den Gemeinden nicht mehr vorschreibt, dass sie eine Feuerschutzkommission (im Folgenden: FSK) zu bestellen haben. Die FSK setzte sich gemäss Art. 2 des geltenden städtischen Feuerschutzreglements (im Folgenden: FSR) vom 20. September 2011<sup>2</sup> wie folgt zusammen: Direktorin bzw. Direktor Soziales und Sicherheit (Vorsitz); vier vom Stadtparlament abgeordnete Mitglieder des Stadtparlaments; die Kommandantinnen bzw. Kommandanten von Feuerwehr und Zivilschutz sowie von Berufs- und Milizfeuerwehr; drei weitere Mitglieder der Feuerwehr, welche auf Vorschlag der Feuerwehroffizierinnen und -offiziere vom Stadtrat gewählt wurden; Leiterin bzw. Leiter der Abteilung Bauaufsicht des Amtes für Baubewilligungen (im Folgenden: ABB) mit beratender Stimme.

Die FSK hatte nach Art. 5 Abs. 2 und 3 FSG und Art. 69 Abs. 1 der kantonalen Vollzugsverordnung zum Gesetz über den Feuerschutz<sup>3</sup> (im Folgenden: FSV) vom 9. Dezember 1969 bisher folgende Kompetenzen:

- a) Vorschlag für die Wahl von Feuerwehrkommandantin bzw. –kommandant, Feuerschutzbeamtin bzw. –beamtetem, Feuerschauerin bzw. –schauer und Kaminfegerin bzw. -feger
- b) Überwachung von Feuerschutzbeamtin bzw. –beamtetem, Feuerschauerin bzw. –schauer und Kaminfegerin bzw. -feger
- c) Vorschlag für Änderungen des FSR
- d) Entwurf des Feuerwehrbudgets
- e) Vollzug von Beschaffungen
- f) Ernennung, Beförderung, Versetzung und Entlassung von Feuerwehroffizierinnen und –offizieren
- g) Genehmigung des Ausbildungsplans

---

<sup>2</sup> SRS 414.1.

<sup>3</sup> sGS 871.11.

- h) Disziplinarverfügungen gegen Angehörige der Feuerwehr
- i) Überwachung der Dienst- und Einsatzbereitschaft der Feuerwehr
- j) Jährliche Berichterstattung über die Tätigkeit der Feuerwehr
- k) Erfüllung allgemeiner Verwaltungsaufgaben

Aufgrund der Gesetzesrevision auf kantonaler Ebene erscheint es angezeigt, die FSK aufzulösen. Die Kompetenzen der aufzulösenden FSK werden neu durch das ABB und die Dienststelle Feuerwehr und Zivilschutz St.Gallen (im Folgenden: Dienststelle FWZSSG) sowie die hierfür zuständigen Direktionen wahrgenommen.

Die bisherigen Kompetenzen der FSK gemäss Bst. a, c, g, h und i werden von der **Direktion Soziales und Sicherheit** (Bst. a, c, g, h und i) sowie der **Direktion Planung und Bau** (Bst. a und c) wahrgenommen.

Für den ganzen Bereich Brandschutz und Kaminfegerwesen (Bst. b) soll künftig ausschliesslich das **ABB** der Stadt zuständig sein, das bereits bisher einen Teil der entsprechenden Aufgaben wahrgenommen hat.

Die Budgetierung der Feuerwehr geschieht bereits heute über den ordentlichen Weg. Dies bedeutet, dass die **Dienststelle FWZSSG** im Rahmen des jährlichen Budgetierungsprozesses das Budget für die Berufs- und Milizfeuerwehr erstellt und dieses vom Stadtparlament gemäss dessen ordentlicher und abschliessender Kompetenz verabschiedet wird. Diese Kompetenz (Bst. d) muss daher nicht speziell geregelt werden.

Beschaffungen (Bst. e) laufen bereits jetzt über die **Dienststelle FWZSSG**, wobei hier die Bestimmungen des öffentlichen Beschaffungswesens einzuhalten sind. Diese Kompetenz muss daher ebenfalls nicht speziell geregelt werden.

Die Ernennung, Beförderung und Entlassung von Offizierinnen und Offizieren der Milizfeuerwehr (Bst. f) soll künftig in der Kompetenz der **Dienststelle FWZSSG** liegen.

Die jährliche Berichterstattung über das Feuerwehrwesen (Bst. j) obliegt bereits heute der **Dienststelle FWZSSG** im Rahmen des Geschäftsberichts. Auch hier ist keine spezielle Regelung nötig.

Die allgemeinen Verwaltungsaufgaben (Bst. k) schliesslich werden in der Praxis bereits heute durch die **Dienststelle FWZSSG** wahrgenommen. Auch hier ist keine spezielle Regelung nötig.

Dem Stadtrat kommt wie bis anhin die Kompetenz zu, die näheren Vorschriften über Organisation und Aufgaben der Feuerwehr sowie die damit verbundenen Gebührentarife zu erlassen.

### 3 Totalrevision Feuerschutzreglement

Das bisherige FSR ist aufgrund der neuen kantonalen gesetzlichen Vorgaben grundlegend zu revidieren.

### 3.1 Erläuterungen zu den einzelnen Bestimmungen

Die bedeutendste Änderung ist die Neuordnung der Zuständigkeiten aufgrund der Aufhebung der FSK. Im **neuen Art. 1** sind daher die Organe des Feuerschutzes und deren Zuständigkeiten festzulegen. Die Dienststelle FWZSSG nimmt grundsätzlich sämtliche Aufgaben im Bereich Feuerschutz wahr (Abs. 3), das ABB jene im Bereich Brandschutz und Kaminfegerwesen (Abs. 4).

Der Stadtrat erlässt die Vollzugsvorschriften über Organisation und Aufgaben der Feuerwehr, Gebührentarife für Feuerwehr sowie Kaminfegerarbeiten und wird im Sinne einer subsidiären Kompetenz für zuständig erklärt (Abs. 2). Gewisse Aufsichtsfunktionen übernimmt das kantonale Feuerwehrinспекtorat, das im Amt für Feuerschutz angesiedelt ist, gestützt auf Art. 3 Abs. 2 des neuen FSG.

Soweit Geschäfte, welche die Feuerwehr betreffen, in die Kompetenz des Stadtparlaments fallen, werden diese von dessen Kommission für Soziales und Sicherheit vorberaten.

Die weiteren Bestimmungen betreffen die Feuerwehrpflicht und die Feuerwehrrersatzabgabe.

**Art. 2 Abs. 1 und 2** übernehmen die Regelung des bisherigen Art. 6 (Einteilung und Entlassung), weil der kantonale Gesetzgeber an der Feuerwehrdienstpflicht vom vollendeten 20. bis zum vollendeten 50. Altersjahr festhält. In Abs. 3 wird als Grundsatz statuiert, dass die Dienstpflicht in der Wohnsitzgemeinde zu leisten ist, in Abs. 4 der Ausnahmetatbestand, wenn sachliche Gründe und die Zustimmung des Kommandos vorliegen.

Die Umteilung (bisheriger Art. 7) von der Feuerwehr in den Kreis der Ersatzabgabepflichtigen auf eigenen Wunsch der bzw. des Angehörigen der Feuerwehr sowie der Ausschluss aus der Feuerwehr ohne eigenen Wunsch, vor allem aufgrund eines Disziplinarverfahrens, werden künftig in einem neuen Artikel betreffend Korpsmutationen und in einem neuen Artikel betreffend Disziplinarfehler im Reglement über die Organisation von Feuerwehr und Zivilschutz St.Gallen vom 21. Dezember 2010<sup>4</sup> geregelt sein. Der kantonale Gesetzgeber hat in Art. 46 neues FSG das Disziplinarverfahren im Grundsatz geregelt.

**Art. 3 Abs. 1 und 2** übernehmen die Regelung des bisherigen Art. 8 (Leistung der Feuerwehrabgabe). Das kantonale Gesetz verwendet neu den Terminus «Feuerwehrrersatzabgabe» (Art. 35 f. neues FSG). Der bisherige Terminus «Feuerwehrabgabe» wird dementsprechend überall ersetzt.

In Abs. 1 wird zusätzlich noch festgehalten, dass Angehörige der Feuerwehr, die in einem Dienstjahr nicht mindestens 40 Prozent der für ihre Stufe vorgeschriebenen Übungen absolviert haben, für dieses Dienstjahr ersatzabgabepflichtig sind.

**Art. 4 Abs. 1 und 2** übernehmen die Regelung des bisherigen Art. 9 (Befreiung von der Feuerwehrabgabe). Die im bisherigen Art. 9 Abs. 3 vorgesehene Befreiung von Angehörigen der Regionalen Zivilschutzorganisation soll nicht weitergeführt werden, weil der Zivilschutz – im Gegensatz zur Armee – zwar wie die Feuerwehr Teil des Bevölkerungsschutzes ist, aber die Befreiung künftig nur noch Personen zuteilwerden soll, die während mindestens 15 Jahren (halbe Abgabe) bzw. mindestens 20 Jahren (komplette Befreiung) Feuerwehrdienst geleistet haben.

---

<sup>4</sup> SRS 414.3.

In Abs. 3 wird zusätzlich noch festgehalten, dass ein Dienstjahr im Sinne von Abs. 1 und 2 angerechnet wird, wenn eine Angehörige bzw. ein Angehöriger der Feuerwehr mindestens 80 Prozent der für ihre bzw. seine Stufe vorgeschriebenen Übungen besucht hat. Diese Regelung ist an Art. 28 Abs. 2 der neuen kantonalen Feuerschutzverordnung angelehnt, wonach ein Dienstjahr als erfüllt gilt, wenn die dienstpflichtige Person wenigstens 80 Prozent der für ihre Stufe vorgeschriebenen Übungen besucht hat.

Gemäss den Erläuterungen des Kantons zu jener Norm ist Folgendes zu beachten: Wenn eine dienstpflichtige Person weniger als 80 Prozent der vorgeschriebenen Übungen erfüllt, bedeutet dies nicht automatisch, dass sie ersatzabgabepflichtig wird. Die politische Gemeinde hat nämlich auf Reglementsstufe festzulegen, ab welchem Erfüllungsgrad der Übungsbesuche eine dienstpflichtige Person zur Ersatzabgabe verpflichtet würde. Gemäss Art. 3 Abs. 1 e contrario wird dieser Wert mit weniger als 40 Prozent definiert.

**Art. 5 Abs. 1 und Art. 6 Abs. 1** übernehmen die Regelung des bisherigen Art. 11 Abs. 1 und 2 (Feuerwehersatzabgabe). In Art. 5 Abs. 1 ist ergänzend darauf hinzuweisen, dass allfällige Ertragsüberschüsse in der Spezialfinanzierung verbleiben, wie dies bereits bisher gehandhabt worden ist. Die Regelung im bisherigen Art. 11 Abs. 3 widerspricht der Regelung in Art. 35 Abs. 1 und 2 neues FSG, der die Feuerwehersatzabgabepflicht von Ehegattinnen und –gatten resp. von Partnerinnen und Partnern in eingetragener Partnerschaft bereits auf höherer Stufe abschliessend regelt.

Der kantonale Gesetzgeber statuierte im noch bis Ende 2020 geltenden FSG, dass die Regierung durch Verordnung Höchst- und Mindestansätze der Feuerwehersatzabgabe festlegt. Dies hat sie in der FSV in Art. 66 Abs. 1 getan. Demnach beträgt der Höchstansatz CHF 700. Bis zu einem Betrag von CHF 30 wird die Feuerwehersatzabgabe nicht erhoben.

Die Stadt hat im bisherigen Tarif festgelegt, dass die Feuerwehersatzabgabe 10 % der einfachen Steuer vom Einkommen beträgt. Der Höchstansatz der Feuerwehersatzabgabe beträgt CHF 500. Bis zu einem Betrag der Feuerwehersatzabgabe von CHF 30 wird diese nicht erhoben.

Neu statuiert der kantonale Gesetzgeber in Art. 35 Abs. 2 FSG weiterhin, dass die Feuerwehersatzabgabe vom steuerpflichtigen Einkommen erhoben wird. Das Vermögen ist für die Berechnung daher ohne Relevanz. Der Mindestansatz von CHF 50 und der Höchstansatz von CHF 700 sind jetzt aber im Gesetz und nicht mehr auf Verordnungsstufe geregelt. In der Botschaft zum neuen FSG vom 13. März 2018 wird dazu ausgeführt: «Es empfiehlt sich, zumindest die Höchst- und Mindestansätze neu ausdrücklich in das Gesetz aufzunehmen (was bisher nur auf Verordnungsebene geregelt war). Im Vergleich zur geltenden Regelung (in der Verordnung) wird der untere Betrag der Bandbreite von heute CHF 30 auf CHF 50 erhöht. Die übrigen Beträge werden unverändert übernommen.»

Eine Bestimmung, wonach die Feuerwehersatzabgabe bis zu einem bestimmten Ansatz nicht erhoben wird, gibt es im neuen FSG nicht mehr. In Art. 31 der neuen Feuerschutzverordnung, die der Kanton ebenfalls auf den 1. Januar 2021 in Kraft setzen wird, ermöglicht es der kantonale Gesetzgeber indessen den Gemeinden, durch Reglement auf den Bezug der Feuerwehersatzabgabe zu verzichten, wenn deren Berechnung nach Tarif einen Betrag von weniger als CHF 50 ergäbe. Gemäss Inter-

pretation des Kantons lässt diese Bestimmung nur zwei Varianten zu: entweder auf den Bezug bei allen ersatzabgabepflichtigen Personen zu verzichten, die in diese Kategorie fallen, oder bei allen diesen Personen die Mindestabgabe von CHF 50 zu erheben.

Die erste Variante ergibt gegenüber der bisherigen Bezugsregelung geschätzte Mindereinnahmen in der Höhe von rund CHF 40'000 jährlich. Die zweite Variante ergibt gegenüber der bisherigen Bezugsregelung geschätzte Mehreinnahmen in der Höhe von rund CH 330'000 jährlich. Angesichts der sich abzeichnenden Entwicklung in der Spezialfinanzierung Feuerwehr erscheint es angezeigt, die zweite Variante zu wählen und entsprechend **Art. 6** des neuen FSR mit einem **Absatz 2** zu ergänzen.

Der **Anhang 1** muss im Sinne des Gesagten ebenfalls angepasst werden. Auch hier ist die Terminologie von «Feuerwehrabgabe» auf «Feuerwehersatzabgabe» anzupassen.

### **3.2 Aufgehobene Bestimmungen**

Den Abschnitt 3 des bisherigen FSR (Organisation der Feuerwehr) und Art. 10 des bisherigen FSR (Entschädigungen) braucht es im neuen FSR aus folgenden Gründen nicht mehr:

Die Gliederung der Feuerwehr (bisheriger Art. 3) ist im städtischen Reglement über die Organisation von Feuerwehr und Zivilschutz St.Gallen geregelt. Der Stadtrat wird den Sollbestand der Milizfeuerwehr, welcher derzeit 180 beträgt, im Reglement über die Organisation von Feuerwehr und Zivilschutz St.Gallen festlegen, das ebenfalls auf den 1. Januar 2021 angepasst wird. Die Kompetenz (und Pflicht) des Stadtrats zur Festlegung des Sollbestands ergibt sich aus Art. 27 Abs. 1 neues FSG, wonach die politische Gemeinde die Erfüllung der Feuerwehraufgaben sicherstellt (bisheriger Art. 4 FSR [Einsatzbereitschaft]).

Aus Art. 1 Abs. 1 des städtischen Personalreglements<sup>5</sup> vom 21. Februar 2012 ergibt sich, dass die Angehörigen der Berufsfeuerwehr Angestellte der Stadtverwaltung sind (bisheriger Art. 5 FSR [Berufsfeuerwehr]).

Schliesslich bildet Art. 34 Abs. 3 neues FSG i.V.m. Art. 13 des Reglements über die Organisation von Feuerwehr und Zivilschutz St.Gallen die Grundlage für die Entschädigungen der Angehörigen der Milizfeuerwehr (bisheriger Art. 10 FSR [Entschädigungen]).

Der Stadtpräsident:  
Thomas Scheitlin

Der Stadtschreiber:  
Manfred Linke

---

<sup>5</sup> SRS 191.1.

Beilagen:

- Revidiertes Feuerschutzreglement inkl. Anhang 1
- Neues kantonales Feuerschutzgesetz

Zu benachrichtigen:

- Amt für Feuerschutz des Kantons St.Gallen